

WELTWEITE NAHRUNGSMITTELKRISE

Von Ahlerich Ostendorp,
Projektstelle Globalisierung der Evangelisch-reformierten Kirche
Januar 2009

1. Systematisch-theologische Grundlegung und Orientierung einer christlichen Sozialethik (im Blick auf die weltweite Nahrungsmittelkrise)

Es soll in diesem Kapitel theologisch begründet werden,

- dass die Menschenrechte - und zwar die Menschenrechte beider internationaler Pakte (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte) - unter den Bedingungen dieser Welt die in Gott begründete Menschenwürde am angemessensten zum Ausdruck bringen,
- dass die Menschenrechte deshalb für die christliche Sozialethik sowohl der Rahmen als auch die Zielrichtung des christlichen Engagements für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sein sollten.

„Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau“ (1. Mose 1, 27).

Der Mensch ist Geschöpf Gottes und als solcher zum Ebenbild Gottes bestimmt. In der Geschöpflichkeit des Menschen liegt die Würde jedes Menschen begründet. In seiner Bestimmung zum Ebenbild Gottes ist Gottes Recht auf den Menschen beschlossen.

Der Mensch aber verfehlt seine ursprüngliche Bestimmung, als „Ebenbild des unsichtbaren Gottes“ auf der Erde zu leben. Er wollte „sein wie Gott“ und verlor gerade dadurch seine wahre Menschlichkeit (1. Mose 3; Röm 1, 19-23). Die Natur wird dem Menschen zur Fremde, wie u.a. 1. Mose 3, 16-20 lehrt. Der Mitmensch wird dem Menschen zum Konkurrenten und zum Feind, wie 1. Mose 4 lehrt. Die Sünde des Menschen konkretisiert sich in individueller Schuld und in von Menschen geschaffenen strukturellen Ungerechtigkeiten. Beispiele für strukturelles Unrecht, das stets mit struktureller Gewalt einhergeht, sind Ausbeutung und Unterdrückung und eben auch die Nahrungsmittelkrise, die fast einer Milliarde Menschen Armut, Unterernährung und Tod bringt.

Zur Rettung der Menschheit setzt Gott der Untreue des Menschen seine Treue gegenüber. Seine Liebe zu seinen Geschöpfen ist stärker als die Lieblosigkeit der Menschen.

„Denn Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung“ (2. Kor 5, 19).

Damit ist aber die Gottesebenbildlichkeit des Menschen gegen alle menschliche Wirklichkeit von Gott selbst um Christi Willen wiederhergestellt. Mit der Ebenbildlichkeit ist zugleich Gottes Recht auf den Menschen bestätigt und erneuert.

Das bedeutet für unsere Themenstellung:

- Die Würde des Menschen ist unverlierbares Geschenk Gottes. D.h.: Die Menschenwürde ist, ungeachtet anderer möglicher Begründungen, theologisch nicht im Wesen des Menschen, sondern in der Treue Gottes begründet. Die Menschenwürde jedes einzelnen Menschen kann folglich auch nicht vom Menschen verwirkt werden. Die Verletzung der Würde eines Menschen ist gleichbedeutend mit der Leugnung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, ist im tiefsten Grund Angriff auf Christus selbst, der „*das Ebenbild des unsichtbaren Gottes*“ (Kol 1, 15) ist. „*Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.*“ „*Was ihr nicht getan habt einem von diesen Geringsten, das habt ihr mir auch nicht getan*“ (Matth 25, 40 u. 45).
- Auch in der noch nicht erlösten Welt ist Gottes Recht auf den Menschen in Kraft.
- Die in Gott gegründete und deshalb unverlierbare Würde des Menschen findet unter den Bedingungen dieser Welt ihren besten Schutz in der Verwirklichung und Verteidigung der Menschenrechte. Historisch eher gegen die Kirchen durchgesetzt als von und mit ihnen, sind die Menschenrechte dennoch geprägt von der biblischen Tradition. Entscheidend ist jedoch, dass die Menschenrechte, im Lichte des christlichen Glaubens verstanden, die unveräußerliche Würde jedes Menschen schützen wollen.
- Kurz und präzise formuliert Jürgen Moltmann: „Den theologischen Beitrag der christlichen Kirche sehen wir in der Begründung der fundamentalen Menschenrechte auf dem Recht Gottes auf den Menschen, auf des Menschen Würde, auf seine Gemeinschaft, seine Herrschaft über die Erde und seine Zukunft.“¹
- Auf dieser theologischen Basis ergibt sich, wiederum in inhaltlicher Übereinstimmung mit Moltmann, der ethische Rahmen und die Zielrichtung des christlichen Engagements in der Welt: „Die Kirchen, die christlichen Gemeinden und die ökumenischen Organisationen haben öffentliche Aufgaben und Pflichten hinsichtlich der Erkenntnis, Verbreitung und Durchsetzung der Menschenrechte. Weil sie sich weder als private Vereine verstehen noch staatliche Herrschaftsverbände sind, gleichwohl aber öffentlich existieren und wirken, kann von ihnen erwartet werden, dass sie weniger vom Eigeninteresse bestimmt und vorurteilsfreier als andere Institutionen für die Menschenrechte eintreten können. Darum wird von ihnen Selbstkritik und Kritik am Egoismus der Völker, Staaten, Klassen und Rassen, in denen sie existieren, erwartet. Darum wird von ihnen das Zeugnis menschlicher Solidarität mit allen, die Menschenantlitz tragen, und insbesondere der Einsatz für die, denen ihre fundamentalen Rechte und Freiheiten geraubt sind, erwartet.“²

Die Kirchen und Christen sind, wie alle anderen Menschen und menschlichen Institutionen auch, Teil der unerlösten Welt. Kirchliche Stellungnahmen können deshalb wahr sein, aber auch unwahr, Ausdruck des Willens Gottes, aber auch Ausdruck des Eigeninteresses. Die Einsicht in die eigene Begrenztheit des Wissens und der Erkenntnis sollte die Kirchen zur Selbstkritik führen und sie vor Überheblichkeit bewahren. Schweigen und Nichtstun angesichts des Unrechts und des Leidens in der Welt ist den Kirchen aber verwehrt. Die Kirche Christi ist in die Nachfolge gerufen. Konkret erfordert die Nachfolge, aus dem gemeinsamen Gebet und Bibelstudium heraus zu denken und zu handeln. Aus dem geschwisterlichen Ringen miteinander um das Verständnis des Willens Gottes heraus, müssen Gemeinden, Kirchen und die ökumenischen Organisationen

¹ Moltmann, S. 45; vgl. Moltmann, Jürgen: Kirche in der Kraft des Geistes, München 1975, S. 199-206

² Moltmann, S. 45

es wagen Position zu beziehen und Partei zu ergreifen für die, deren Menschenrechte verletzt werden.

Zur Selbstprüfung hat die Kirche allen Grund, zur Untätigkeit und zum Schweigen aber hat sie kein Recht von ihrem Herrn, ist ihr doch der Beistand des Heiligen Geistes zugesagt.

Auf dem Hintergrund der entwickelten systematisch-theologischen Grundlegung und Orientierung nehmen wir die weltweite Ernährungskrise in den Blick.

2. Die Situation

In der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte drehen wir uns in den westlichen Industrieländern wieder um uns selbst. Die Finanzmarktkrise dominiert den politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Die globale Nahrungsmittelkrise ist fast schon aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Zwar hat der Preisverfall für Rohöl in der Tat ein wenig Druck von den Nahrungsmittelpreisen genommen, aber dennoch ist die Zahl der in Armut und in absoluter Armut³ lebenden Menschen vor allem in den Jahren 2007-08 enorm gestiegen.

Nach Schätzung der FAO, der Ernährungsorganisation der UNO, hat die Nahrungsmittelkrise im Zeitraum Sommer 2007 bis Sommer 2008 die Anzahl der Hungernden in der Welt um mehr als 130 Millionen Menschen auf nunmehr knapp unterhalb von 1 Milliarde (1.000.000.000) erhöht. Mehr als 30 Staaten sind mit einer Nahrungsmittelkrise bisher nicht gekanntem Ausmaßes konfrontiert⁴. Auch Menschen in unseren Partnerkirchen in Südafrika, Ghana, Togo und Indonesien sind betroffen.

„Der Preisindex für Nahrungsmittel der FAO lag im März 2008 um 57 Prozent höher als ein Jahr zuvor, in dem er auch schon um 23 Prozent gegenüber dem Jahr 2006 angestiegen war. In der Folge haben viele Entwicklungsländer die Preise für Brot, Reis, Maisprodukte, Milch und Speiseöl scharf angezogen: Zum Beispiel verdoppelte sich der Reispreis in der Elfenbeinküste in weniger als einem Jahr oder verzeichneten die Preise für Weizen im Senegal einen Anstieg um 100 Prozent und bei Hirse um 56 Prozent. Besonders betroffen werden dabei jene armen Länder, die stark von Nahrungsmittelimporten abhängen: Die Importrechnung der ärmsten Entwicklungsländer für Getreide wird in den Jahren 2007 bis 2008 um 56 Prozent steigen, und das, nachdem sie schon im vorhergehenden Jahr einen Anstieg um 37 Prozent zu verkraften hatten.“⁵

Die Nahrungsmittelkrise trifft aus verständlichen Gründen die Ärmsten am schlimmsten. Während in einem typischen Haushalt in einem Industrieland der Anteil der Ausgaben für Ernährung 10-20% beträgt, liegt er in den am „wenigsten entwickelten Ländern“ (UN-Bezeichnung: Least Developed Countries, LCDs) zwischen 60 und 80%.⁶ Wer 60-80% des Familieneinkommens für die Ernährung ausgeben muss, für den ist schon ein Preisanstieg von wenigen Prozentpunkten katastrophal. Gespart werden muss dann an der Bildung der Kinder, an der Gesundheits-

³ Mit den meisten Definitionen wird hier unter Armut ein Einkommen pro Kopf und Tag von weniger als 2 US-Dollar und unter absoluter Armut ein Einkommen pro Kopf und Tag von weniger als 1 US-Dollar verstanden (nach Kaufkraft)

⁴ Report of the Economic Research Service of the USDA, July 2008 (eine seriöse Quelle, das US-Agrarministeriums)

⁵ Zukunftsfähiges Deutschland II, S. 50

⁶ vgl. FAO: Crop Prospects and Food Situation, April 2008

fürsorge und an den Ausgaben für Lebensmitteln. Manche steigen dann auf qualitativ schlechte Nahrungsmittel um, andere Familien haben schlicht weniger zu essen. Das wiederum geht zu Lasten der Gesundheit und damit der Arbeitskraft. Der Teufelskreis ließe sich noch ausführlicher darstellen.

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass pro Jahr 3,5 Millionen Kinder an den Folgen von Hunger und Unterernährung sterben.⁷ Das sind fast 10.000 Kinder jeden Tag oder 400 pro Stunde; in etwas mehr als einer Minute werden folglich 7 Kinder Opfer der zum himmelschreienden Ungerechtigkeit der globalen Welt(un)ordnung. Jean Ziegler, bis vor Kurzem UN-Sonderbeauftragter für das Menschenrecht auf Nahrung, sprach in einem Interview im Oktober 2008 gar von 100.000 Menschen (Erwachsene und Kinder), die täglich „am Hunger und seinen unmittelbaren Folgen“ sterben.⁸

Anders ausgedrückt: Das Leiden und Sterben hat im Zuge der Nahrungsmittelkrise in den Entwicklungsländern und in Teilen der Schwellenländer drastisch zugenommen. Selbst bei den Ärmsten in den Ländern des Nordens ist die Krise angekommen. Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen richten unter Bezeichnungen wie „Brotkörbe“ und „Tafeln“ immer mehr Stellen ein, die die Ärmsten der Armen mit Nahrung versorgen.

„Es liegt auf der Hand, dass damit in großem Maßstab (in den Entwicklungsländern) Existenzkrisen heraufbeschworen werden, die auch in sozialen Unruhen ihren Ausdruck finden. Hungerproteste wurden in den ersten vier Monaten 2008 aus 33 Ländern gemeldet, darunter Ägypten, Kamerun, der Elfenbeinküste, Senegal, Burkina Faso, Indonesien, Madagaskar, den Philippinen und Haiti.“⁹

Die globale Finanzmarktkrise verschärft die Hungerproblematik, denn unter dem Druck der Finanzkrise kürzen oder streichen zur Zeit reiche Staaten ihre freiwilligen Beiträge zum Welternährungsprogramm der UN. Jean Ziegler, in dem schon erwähnten Interview: „Jeden Tag werden derzeit in den USA etwa 10 000 Familien aus ihren Häusern ausgewiesen, weil die Kredite platzen. Da kommt die Polizei, klopft an die Tür und sagt: ihre Wohnung wird in 24 Stunden geräumt. 25 Millionen Familien haben in den USA in diesem Jahr ihre Wohnung verloren. Auch die Altersvorsorge ist in den USA börsengebunden. Das ist schlimm, aber was in den Armutsregionen der Welt passiert ist unfassbar. Ich komme gerade aus Darfur zurück. Dort leben 2,2 Millionen Menschen in Lagern. Die werden von den UN geschützt. Wenn dort nicht die weißen Lastwagen mit Mehl und Reis, Trockenmilchsäcken und Wasser kommen, dann sterben die Menschen. Das Welternährungsprogramm verteilt nur 1500 Kalorien pro Erwachsenen pro Tag, obwohl das Existenzminimum laut Weltgesundheitsorganisation bei 2200 Kalorien liegt. Obwohl dort die UN-Fahne weht, werden die Menschen in der Unterernährung gehalten. Und warum? Weil die freiwilligen Beiträge der Staaten gestrichen worden sind. (Nachfrage:) Die Staaten sparen wegen der Finanzkrise an der Nothilfe? (Ziegler:) Ja. Die Weltgesundheitsorganisation hat die Malaria-Impfkampagne unterbrochen. Alle 22 UN-Organisationen haben ein Budget. Je nach Aufgabe gibt es freiwillige Beiträge. Die Finanz-Krise wirkt sich unmittelbar auf die Budgets aus. Das ist eine Katastrophe für die Dritte Welt. Man muss sich das einmal vorstellen: Um die großen Millenniumsziele der UN zu erreichen, also die acht schlimmsten Plagen der Menschheit

⁷ Rudolf Buntzel, Beauftragter für Welternährungsfragen beim Evangelischen Entwicklungsdienst, in einer Email vom 27.08.08 an den Verfasser

⁸ www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/dokumentation/?em_cnt=1616315&em_loc=11

⁹ Zukunftsfähiges Deutschland II, S. 50; vgl. FAO: Crop Prospects and Food Situation, April 2008

vom Hunger bis zur mangelnden Bildung zu besiegen und wirklich die ganze Dritte Welt aus der materiellen Not zu führen, bräuchte es laut UN-Berechnungen nur 82 Milliarden Dollar pro Jahr für einen Zeitraum von fünf Jahren! Wenn ich jetzt ein Mensch wäre in einem Land der südlichen Hemisphäre und sehe, dass in New York in einem Monat 3000 Milliarden Dollar vernichtet worden sind und der amerikanische Finanzminister 700 Milliarden Dollar mobilisiert, um solche Bankhalunken freizukaufen, würde ich mich total verachtet fühlen! Dann sehe ich weiße Rassisten, die sich nur um sich selbst kümmern.“ Wenn man sich klarmacht, dass sich allein mit den finanziellen Mitteln, die gegenwärtig zur Stützung der Finanzmärkte zur Verfügung gestellt werden, die Millenniumsziele erreichen ließen, d.h. Zugang zu Nahrung und sauberem Trinkwasser für alle, angemessene Versorgung der HIV-Infizierten, entscheidende Schritte gegen den Klimawandel, dann ist das himmelschreiende Unrecht wirklich unfassbar.

3. Hauptursachen für die Nahrungsmittelkrisen der Vergangenheit, Gegenwart und – wenn sich nichts ändert - Zukunft

- Einfluss auf die Verknappung der Nahrungsmittel und damit auf die Verschärfung der Hungerproblematik hat nach allgemeiner Überzeugung das **Bevölkerungswachstum**. Ursachen des Bevölkerungswachstums sind zuallererst Armut und kulturbedingte Vorstellungen von Familie und Geschlechterrollen. Allerdings betonen Brot-für-die-Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst und andere Hilfsorganisationen, dass noch immer genügend Nahrungsmittel in der Welt vorhanden sind, um alle Menschen mit ausreichender und gesunder Nahrung zu versorgen. Wesentlicher für die Verknappung der Nahrungsmittel und für den Hunger als die wachsende Weltbevölkerungszahl dürften deshalb die Verteilung des Vorhandenen, Flächennutzungskonkurrenzen und weitere Faktoren sein, die im folgenden besprochen werden.
- Die **Landwirtschaftspolitik**, wie sie beispielsweise von **der EU und den USA** betrieben wird, schafft eine unfaire Konkurrenzsituation mit einseitigen Wettbewerbsvorteilen. Den Agrarsubvention für die eigenen Landwirte, den Handelsbeschränkungen für Güter aus den Entwicklungsländern und der erzwungenen Liberalisierung der Märkte in den Entwicklungsländern können immer mehr Kleinbauern in den armen Ländern nicht standhalten. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass in zahlreichen Ländern (in Süden und Norden) Korruption und Misswirtschaft sich negativ auf die landwirtschaftliche Produktion auswirkt, wird man dennoch feststellen müssen: „Die Theorie der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte übersieht, dass die Öffnung der Märkte nicht nur zu einer Steigerung der Produktionseffizienz führt, sondern gerade in den armen Ländern auch zu einem Verdrängungshandel führt. In zahlreichen Ländern des Südens haben Billigimporte von Lebensmitteln die inländische Produktion aus Ackerbau und Viehwirtschaft vom Markt gedrängt und bäuerliche Betriebe in den Ruin getrieben. Indonesien beispielsweise hatte vor rund einem Jahrzehnt noch ein gut funktionierendes Agrarwesen, das weitgehend die Selbstversorgung des Landes garantierte. Durch die Handelsliberalisierung, die dem Land im Zuge der asiatischen Finanzkrise aufgenötigt wurde, stieg die Gesamteinfuhr von Lebensmitteln stark an, bei Sojabohnen sogar um 50 Prozent. Allein im Bereich der Sojaproduktion haben zwei Millionen Menschen den Sojaanbau aufgeben müssen.“¹⁰ „Jamaika musste seit 1994 mehr als eine Verdoppelung seiner Pflanzenölimporte hinnehmen, während die Binnenproduktion um zwei Drittel

¹⁰ Zukunftsfähiges Deutschland II, S. 514

abnahm, auf den Philippinen wurde der Binnenmarkt seit 1995 mit importiertem Reis überschwemmt, obwohl überall im Land Reis angebaut wird. So hat die im Namen der Liberalisierung erzwungene Marktöffnung im Süden nicht selten Menschen ins Elend getrieben.“¹¹

- Über fast 40 Jahre war ein weltweiter Trend fast stetig fallender Preise für Nahrungsmittel zu verzeichnen. Unter dem Eindruck dieser langanhaltenden Entwicklung fallender Preise **betrieben viele Entwicklungsländer eine verfehlte Landwirtschaftspolitik**. Es fand eine allgemeine Vernachlässigung der ländlichen Entwicklung statt. Wenn überhaupt, wurde – auch unter Druck von Weltbank, Internationalem Währungsfond und multinationalen Konzernen – der Anbau von Exportgütern und die Modernisierung einiger weniger großer Agrarbetriebe gefordert. Die Masse der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und vor allem die SubsistenzlandwirtInnen, die für den Eigenbedarf und die lokalen Märkte produzieren, waren draußen vor. Heute fehlen in vielen Ländern gerade diese kleinbäuerliche Landwirtschaft und funktionierende heimische Agrarmärkte, um die eigene Bevölkerung mit bezahlbaren Lebensmitteln zu versorgen.
- So erklärt sich auch – zumindest zum Teil –, weshalb die landwirtschaftlichen Erträge nicht mehr so steigen, wie in den Jahrzehnten zuvor. Die **Agrarforschung** wurde finanziell und personell einseitig auf die Interessen der industriellen Landwirtschaft konzentriert und dementsprechend die Weiterentwicklung von kleinbäuerlichen Anbaumethoden in den Ländern des Südens vernachlässigt.
- Der vor allem von den Industrienationen zu verantwortende **Klimawandel** führt heute schon zu Ertragsverlusten der Landwirtschaft und zum Verlust von Ackerland. In Zukunft wird der Klimawandel noch schwerwiegendere Folgen zeitigen.¹² Zwar kann ein geringer Anstieg der durchschnittlichen Temperatur in klimatisch gemäßigten Regionen wie Mittel- und Osteuropa, Teilen des nordamerikanischen und asiatischen Kontinents vorübergehend zu Ertragssteigerungen führen, auf lange Sicht aber und bei stärker steigenden Durchschnittstemperaturen sinken auch in diesen Regionen die Ernteerträge. In den tropischen und subtropischen Gegenden werden, so die meisten ExpertInnen (unter ihnen die ExpertInnen der FAO), die Erträge des Ackerbaus aller Voraussicht nach schon bei einem minimalen Anstieg der Durchschnittstemperatur deutlich zurückgehen. In manchen Gebieten der Erde, wie im Sahel, am Horn von Afrika, in Teilen Zentralasiens und in Südafrika werden stark zurückgehende Niederschläge zu einer drastischen Verschärfung der Nahrungsmittelsituation führen. In anderen Gebieten, wie in Nordostchina, Brasilien, in Teilen der USA und Argentinien werden Überschwemmungen und die zeitliche Verschiebung der Niederschläge die Ernährungssicherheit gefährden. Global betrachtet wird man sagen müssen: Die, die am wenigsten zur Klimaveränderung beigetragen haben, sind die ersten und – aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel – die am stärksten betroffenen Opfer des fortschreitenden Klimawandels.
- Von eminenter Bedeutung für die Entwicklung der globalen Ernährungssicherheit besonders in den armen Länder ist die Entwicklung der **Preise auf den Energiemärkten**. Solange die Industrienationen und Schwellenländer vor allem fossile Energieträger verfeuern, beschleunigt sich nicht nur der Klimawandel, sondern mittelfristig wird sich der Preis für Rohöl auf

¹¹ Zukunftsfähiges Deutschland II, S. 211

¹² vgl. zu diesem Punkt: Zukunftsfähiges Deutschland II, S. 48f.; die Studie führt als Beleg u.a. an IPCC: Third Assessment Report, Working Group 2, Genf, 2001

einem recht hohen Niveau bewegen. Zwar schwankt gerade in diesen Wochen und Monaten der Preis für ein Barrel Erdöl zwischen mehr als 150 US-Dollar und weniger als 50 US-Dollar, da aber die Ölreserven begrenzt sind, da auch die Schwellenländer stetig mehr Öl nachfragen und da außerdem die Förderung der verbleibenden Ölreserven immer teurer werden wird, kann der Ölpreis mittel- und langfristig nur steigen. Steigende Energiekosten bringen die Armen in den reichen Ländern schon in große Schwierigkeiten. Steigende Energiepreise, die steigende Betriebsmittelkosten nach sich ziehen, sind für Entwicklungsländer und ihre Bevölkerungen aber desaströs. Dass die Zeit gekommen ist, in der um die Energieressourcen Kriege geführt werden, zeigt der letzte Irak-Krieg, der auch ein Krieg um Öl war. Krieg um die Ressourcen der Erde fordern aber nicht nur direkte Opfer, sondern führen, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern, zu noch mehr Armut, Hunger und Tod.

- Durch die vor allem von den USA und der EU forcierte drastische Ausweitung des Anbaus von **Pflanzen zur Gewinnung von Treibstoffen** werden insbesondere in den Ländern des Südens immer mehr Flächen fruchtbaren Bodens für den Anbau von Pflanzen zur Gewinnung von Agrotreibstoffen genutzt. Zwischen dem Anbau von Nahrungsmittel- und Energiepflanzen besteht mittlerweile eine **Flächennutzungskonkurrenz**. Bereits heute, so konstatiert die Studien „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalen Welt“, sei „eine Verschiebung der Agrarproduktion von Nahrungs- zu Energiepflanzen zu beobachten – mit den entsprechenden Folgen für den Hunger der Armen.“¹³ Weiterhin werden außerdem Regenwälder abgeholzt um Flächen für Energiepflanzen zu gewinnen, was u.a. die Ernährungssituation weiter verschlechtern wird. So plant z.B. Indonesien die Flächen zum Anbau von Palmölplantagen um bis zu 20 Millionen Hektar zu erweitern; eine Fläche so groß wie England, Niederlande und Schweiz zusammen.¹⁴
- Ein besonders skandalöser Faktor bei der Preistreiberei für Nahrungsmittel und folglich mitverantwortlich für die gestiegene Anzahl der Menschen, denen das elementare Menschenrecht auf Nahrung vorenthalten wird, ist die **Spekulation mit Nahrungsmitteln**. Unter dem Druck der globalen Krise der Finanzmärkte sind zahlreiche Anleger, unter ihnen Pensionsfonds, auf die Spekulation mit Rohstoffen, zu denen auch die Nahrungsmittel gezählt werden, ausgewichen. Weil die Rolle der Spekulation umstritten ist, soll hier der Finanzmarktexperte von WEED (World, Economy, Ecology, Development), Peter Wahl, ausführlich zu Wort kommen:¹⁵

„Aber es gibt auch Profiteure am Elend. Im Mai 2008 konnte man sich in Frankfurter Bäckereien seine Brötchen in Tüten mit folgender Reklame einpacken lassen: `Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fond haben Sie die Möglichkeit, an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren.` Das Angebot stammt von der Deutschen Bank, die damit Kunden für einen ihrer Investment Fonds gewinnen wollte. Und wie funktioniert die Partizipation an der `Wertentwicklung`“

¹³ Zukunftsfähiges Deutschland II, S. 49; die Studien verweist als Beleg u.a. auf: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesrepublik Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko, Klimawandel, Berlin 2007

¹⁴ Christina Schott, Biodiesel aus Palmöl, S. 1

¹⁵ Wahl, Peter: Spekulation untergräbt Recht auf Nahrung, WEED-Emailverteiler, Sept. 2008; darin zahlreiche Quellenangaben und Belege

von Rohstoffen? Durch Spekulation. ... Dass sie ein relevanter Faktor für die Preistreiberei ist, wird inzwischen selbst im Mainstream nicht mehr bestritten. So führt das BMZ schon im April 2008 Spekulation als einer der Gründe für die hohen Lebensmittelpreise an: 'Die internationalen Kapitalmärkte sind auf der Suche nach lukrativen und relativ zukunftssicheren Anlagemöglichkeiten wieder auf die Agrarmärkte aufmerksam geworden. Dies sorgt für mehr Volatilität¹⁶, insbesondere, wenn Akteure einsteigen, die stark spekulativ agieren.' Die UNCTAD¹⁷ identifiziert ebenfalls Spekulation als ein Faktor für die Blase bei den Preisen für Agrarrohstoffe. Auch die Weltbank erkennt inzwischen an, dass Spekulation mitverantwortlich für die Preissteigerungen ist, auch wenn sie das für einen nachgeordneten Faktor hält. ... Sehr klar dagegen äußert sich die US-Aufsichtsbehörde für den Handel mit Rohstoffderivaten, CFTC (*Commodity Futures Trading Commission*), die wohl über die beste Expertise für die US-amerikanischen Märkte hat: 'Die Rohstoffmärkte haben begonnen, statt einfach nur Angebots- und Nachfragefaktoren zu bepreisen, Rohstoffpreise als einen Vermögenswert zu bepreisen. Damit haben sie eine Preisverzerrung geschaffen oder vielleicht sogar eine Blase'. Im Klartext:

- Der Rohstoffmarkt hat sich von den Fundamentaldaten der Wirtschaft gelöst,
- die Rohstoffpreise, wie sie sich in den Futures manifestieren, sind eine Quelle zur Anhäufung von Geldvermögen geworden,
- die Preise sind damit zum Gegenstand von Spekulation geworden,
- sie haben eine Blase, nämlich die überhöhten Nahrungsmittelpreise hervorgebracht, d.h., auf die realwirtschaftlich bedingten Preiserhöhungen hat die Spekulation noch einmal eine Preisblase draufgesetzt. ...

Die Hinwendung der Institutionellen Investoren zu den Rohstoffmärkten hatte Konsequenzen für die Preisentwicklung. Die Nachfrage nach Futures stieg schlagartig an. Es waren nicht mehr nur die an den Rohstoffbörsen etablierten Händler, die mit Derivaten handelten, sondern die renditesuchenden Hedgefonds und andere Institutionelle Investoren.

2007 wuchs der Handel mit landwirtschaftlichen Futures und Optionsscheinen bei Energie um 28,6% und bei Industriemetallen um 29,7%. Am stärksten aber war der Anstieg bei Landwirtschaftsderivaten, wo der Zuwachs knapp ein Drittel (32%) betrug. Gleichzeitig stieg zwischen Juni 2005 und Juni 2007 der Wert von Rohstoffderivaten, die Over the Counter (OTC)¹⁸ gehandelt wurden um nahezu 160%. An der CME¹⁹ in Chicago, stieg die Anzahl der Kontrakte zwischen Oktober 2007 und Ende März 2008 um 65%, ohne dass sich die reale Produktion deswegen erhöht hätte.

Jetzt bildete sich eine spekulative Blase. D.h. unabhängig von den Fundamentals stieg der Preis noch einmal zusätzlich, weil die Institutionellen Investoren auf den Markt drängten.“

Nach ausführlicher Diskussion verschiedener Argumente kommt Peter Wahl in Hinblick auf die Preisschwankungen für Nahrungsmittel zwischen Sommer 2007 und Spätsommer 2008 zu der Schlussfolgerung: „Der Löwenanteil der Schwankungen entfällt also auf Spekulation.“

¹⁶ Volatilität: Schwankungsbreite eines Börsenkurses

¹⁷ UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development, Konferenz der UN für Handel und Entwicklung, Welthandelskonferenz

¹⁸ OFC: Finanzgeschäfte, die nicht über die Börse abgehandelt werden und damit auch nicht der Börsenaufsicht

¹⁹ CME: Warenbörse

- Die **Ernährungsgewohnheiten der Menschen in den reichen Ländern** des Nordens führen schon seit langem zu einer Flächennutzungskonkurrenz zwischen dem Anbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln und der Tierzucht. Denn um mit Fleisch den gleichen Nährwert wie mit einem Kilogramm Getreide zu erzielen, müssen je nach Tierart zwischen 6 und 12 Kilogramm Getreide eingesetzt werden. Da sich ein steigender Konsum von Fleisch und Milch in den aufstrebenden Schwellenländern abzeichnet, ist von einer weiteren Verknappung und Verteuerung von Grundnahrungsmitteln auszugehen.
- Ein weiterer Faktor in der Nahrungsmittelkrise ist der **Raubbau an den Fischbeständen** der Erde. Der hochtechnisierte Fischfang international agierender Trawler plündert die fischreichen Gründe vor den Küsten Afrikas aus; ein großer Teil davon ist illegal. Die einheimischen Fischer werden um ihre Existenzgrundlagen gebracht.
- Eine nicht zu unterschätzende Ursache für die Nahrungsmittelkrise der letzten zwei Jahre sind die **Krisenprofiteure**. Neben den Spekulanten sind die Agro-Betriebsmittelproduzenten (Saatgut, Pflanzenschutzmittel usw.) zu nennen. Aber auch die hochtechnisierte Agroforschung versucht über die Nahrungsmittelkrise verlorengegangene Akzeptanz für gentechnische Forschung und Anwendung zurückzugewinnen.
- In einigen Ländern, zum Beispiel in Simbabwe, Kongo, Sudan, zerstören **ethnische Konflikte und Bürgerkriege**, meistens untrennbar mit wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen verwoben, die Ernährungssicherheit der Bevölkerung.

4. Die besondere Verwundbarkeit der kleinbäuerlichen Produzenten und Produzentinnen

Die gängigen wirtschaftlichen Theorien und Prognosen, die in den vergangenen Jahren von Weltbank und Internationalem Währungsfond, von zahlreichen Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer und von fast allen Geberländern zu hören waren, haben sich (auch) in der globalen Nahrungsmittelkrise als falsch erwiesen.

Nach der Theorie des Neoliberalismus hätten höhere Preise für Nahrungsmittel eigentlich allen zu Gute kommen müssen, folglich auch zu höheren Einkommen der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und der LandarbeiterInnen. Das Gegenteil war der Fall. Die Verarmung unter den kleinbäuerlichen ProduzentInnen hat in den meisten Entwicklungsländern zu- und nicht abgenommen. In dieser Krise hat sich ebenfalls die häufig vertretene These als falsch erwiesen, dass steigende Lebensmittelpreise zu Lasten der Stadtbevölkerung und zu Gunsten der Landbevölkerung sich auswirken. Die Weltbank konstatiert mittlerweile, so ein Oxfam-Papier²⁰, dass von Ausnahmen abgesehen in den Entwicklungsländern sowohl die Stadt- als auch die Dorfbewohner zu den Verlierern der Preissteigerung für Nahrungsmittel gehören. Zu den wenigen positiven Beispielen werden Brasilien, Peru, Vietnam, Kambodscha, Uganda, Indonesien gezählt. Beim genaueren Hinsehen, so die Oxfam-Studie, sei die Entwicklung der Landwirtschaft in Brasilien, vor allem aber in Peru und Vietnam dank einer langjährigen aktiven Agrarpolitik positiv zu bewerten. In Peru und Vietnam sei die Armut sogar zurückgegangen. In den meisten anderen Fällen aber seien nicht die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und die LandarbeiterInnen die Profiteure der gestiegenen Preise für Agrarprodukte, sondern – wenn überhaupt - landwirtschaftliche Großbetriebe.

²⁰ Oxfam, S. 2

Zum Verständnis der jüngsten Krise sollen hier wichtige Aspekte erläutert werden, die erklären können, weshalb Kleinbauern, Kleinbäuerinnen und LandarbeiterInnen in den meisten Entwicklungsländern bisher so gut wie immer und selbst in Zeiten steigender Preise für Nahrungsmittel Verlierer und nicht Gewinner sind.²¹

- Ländliche Haushalte profitieren von steigenden Preisen für Nahrungsmittel, wenn sie selbst zu den sogenannten Netto-Nahrungsmittelverkäufern gehören, d.h. wenn sie mehr Nahrungsmittel produzieren als sie selbst kaufen müssen. Die Lebenssituation verschlechtert sich meistens auch dann nicht, wenn die Familieneinkommen mindestens so steigen wie die Nahrungsmittelpreise. Aber: „Einer jüngeren Untersuchung der FAO zufolge, sind ... (in) den meisten der beobachteten afrikanischen Länder (...) lediglich 25-30% der ErzeugerInnen NettoverkäuferInnen, in Vietnam und Kambodscha liegt der Anteil bei etwa 40%. In den meisten südamerikanischen Ländern sind die Prozentsätze noch geringer.“ Entgegen der weit verbreiteten Ansicht muss die Landbevölkerung in den Entwicklungsländern also in der Mehrheit nicht weniger, sondern **mehr Nahrungsmittel einkaufen als sie selbst produziert**. Bedenkt man, dass der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel am Gesamteinkommen der Familien zwischen 50 und 80% liegt, kann man sagen: Jede Preissteigerung für Nahrungsmittel in den armen Ländern ist ein Angriff auf das Menschenrecht auf Nahrung.
- Für die meisten Kleinbauern sind die Ausgaben für die eigene Produktion von Nahrungsmitteln stärker gestiegen als die Erlöse durch höhere Nahrungsmittelpreise. Die **Kostensteigerung für die Betriebsmittel**, also für Dünger, Herbizide, Pestizide und Energie, haben die steigenden Erlöse für die eigenen landwirtschaftlichen Produkte mehr als aufgezehrt. So bleibt unter dem Strich ein deutliches Minus.
- Gegen Krisen des globalen Agrarmarktes, wie negative Preisentwicklung, Dürre, Klimaschwankungen und Klimaveränderungen, sind die Landwirte in den reichen Ländern relativ gut durch **soziale Sicherungssysteme** und durch staatliche Subventionen gesichert. Kleinbauern, Kleinbäuerinnen und LandarbeiterInnen in Entwicklungsländern haben diese Absicherungen in Krisenzeiten nicht.
- Die meisten von ihnen haben auch nur einen sehr **eingeschränkten Zugang zu Finanzmitteln**.
- Ihre **politischen Einflussmöglichkeiten tendieren gegen Null**.
- Die Verantwortung für die Nahrungsmittelsicherheit der Haushalte liegt in den meisten Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, auf den Schultern der Frauen. Sie sind entscheidend. Sie bauen die Produkte an, sie verarbeiten sie, kaufen und verkaufen sie und sie bereiten auch noch das Essen für die Familie. Sie sind aber gerade die, die im Kampf gegen steigende Nahrungsmittelpreise deutlich gegenüber Männern benachteiligt sind. „Im südlichen Afrika besitzen Frauen nur 1% der verfügbaren landwirtschaftlichen Anbaufläche, in Brasilien liegt der Anteil bei 11%, in Peru bei 13%.“ „**Frauen** werden auch in Bezug auf Zugang zu Krediten, Werkzeugen, Trainingsmaßnahmen und verschiedene andere Agrardienstleistungen **benachteiligt**. So werden in Afrika nur 7% der landwirtschaftlichen Beratungsstellen für Frauen erbracht, und nur 10% der verfügbaren Kreditmittel gehen an Frauen. Wenn Frauen doch Darlehen erhalten, dann im Schnitt nur 42 % der Beträge, die an Männer

²¹ Die im Folgenden genannten Aspekte entnehme ich im Wesentlichen dem Oxfam-Papier, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung; die Zitate stammen ebenfalls aus diesem Papier

vergeben werden, und von Frauen werden wesentlich höhere Sicherheiten (die sie oft nicht haben) verlangt, als von Männern.“

5. Ergebnisse

Die globale Nahrungsmittelkrise ist Ausdruck der Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung.

Das Recht auf Nahrung ist verankert

- in Art. 25 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder Mensch hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“
- In Art. 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: „(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten ...“²²

Auf der Grundlage des hier vorgelegten systematisch-theologischen Ansatzes, der ein menschenrechtlicher Ansatz ist, muss festgestellt werden:

- Die Liberalisierung und Deregulierung der Agrarmärkte der Entwicklungsländer verletzt das Menschenrecht auf Nahrung und ist folglich Sünde.
- Die Vernachlässigung der Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zugunsten der Interessen von Großbetrieben und internationalen Konzernen missachtet das mit dem Menschenrecht auf Nahrung gegebene Recht auf Ernährungssicherheit und –souveränität. Auch das ist Sünde zu nennen.
- Der von Menschen gemachte Klimawandel ist der permanente Bruch des Menschenrechts auf Nahrung und folglich Sünde.
- Die Erzeugung von Agrarenergiepflanzen für den Tank der Autos in Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau für die Teller der Hungernden ist eine Verleugnung des Menschenrechts auf Nahrung und damit Sünde.
- Spekulationen mit Nahrungsmitteln treten das Menschenrecht auf Nahrung mit Füßen und sind folglich Sünde.

Die Konzentration auf den Punkt der Menschenrechtsverletzungen - wie der ganze Menschenrechtsansatz - ist deshalb grundlegend wichtig, weil damit das Recht der Armen und Marginalisierten in das Zentrum der politischen und der wirtschaftspolitischen Debatte gerückt wird. Nimmt man diesen Ansatz ernst, dann sind die Armen nicht mehr Objekte des Mitleids und

²² beide Zitate nach: Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, S. 58 u. 63

der Fürsorge, nicht Objekte der Versorgung und der Spendenwerbung, sondern die Armen werden dann wahrgenommen als die, die sie sind: Subjekte, die ein Recht auf Gerechtigkeit haben, Subjekte, die ein Recht darauf haben, ihr Leben selbstbestimmt in die Hände nehmen zu können, Subjekte, deren Rechte jedem Macht- und Wirtschaftsinteresse vorgeordnet ist. Arme sind unsere von Gott geliebten Geschwister, die ein Recht auf unsere Solidarität und unseren Einsatz haben.

6. Forderungen

- Die Grundforderung, aus der sich alle folgenden Forderungen ableiten lassen, lautet: Menschenrecht geht vor Wirtschaftsinteressen und vor Machtinteressen.
- Die Ernährungssicherheit eines Entwicklungslandes darf nicht länger der Liberalisierung der Märkte zum Opfer fallen. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft gilt es zu schützen und zu fördern. Auch mengenmäßige Importbeschränkungen von Billigangeboten können notwendig sein, wie zum Beispiel gegen Restfleisch aus der EU.
- Umgekehrt aber müssen Handelsbeschränkungen, die die EU vor landwirtschaftlichen Produkten aus den Entwicklungsländern schützen, abgebaut werden. (Diese Forderung steht scheinbar in Widerspruch zu der zuvor genannten Forderung, Entwicklungsländern den Schutz der eigenen Märkte zu erlauben. Gleiches Recht für alle ist aber nur fair, wenn alle Beteiligten die gleichen Voraussetzungen und Chancen haben. Auf dem globalen Agrarmarkt aber treffen die wirtschaftlich schwachen Entwicklungsländer auf die übermächtigen Länder und Volkswirtschaften des Nordens. Dass Schutzmechanismen für den eigenen Markt auch missbraucht werden können, ist nicht zu bestreiten, aber eine Missbrauchsmöglichkeit widerlegt nicht die Notwendigkeit von wirksamen Schutzinstrumenten für die armen Länder.)
- Der begonnene Umbau der Agrarsubventionen in der EU muss fortgesetzt werden. Zusätzlich muss nach Wegen gesucht werden, möglichst schnell Nahrungsmittelexporte zu Dumpingpreisen in Entwicklungsländer zu unterbinden.
- Im Interesse des Klimaschutzes und der sozialen und kulturellen Entwicklung des ländlichen Raums gilt es, auch innerhalb der EU die regionalen Märkte zu stärken.
- Die deutsche Entwicklungshilfe sollte – entsprechend der Forderungen von Evangelischem Entwicklungsdienst, Brot für die Welt und anderen Nichtregierungsorganisationen – verstärkt die Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft unterstützen.
- Es müssen Instrumente gefunden werden, die Spekulation mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu begrenzen.
- Die Produktion von Agrartreibstoffen darf nur in dem Maße betrieben werden, wie sie nachweislich sozialverträglich und nachhaltig ist.
- Maßnahmen gegen den Klimawandel müssen auf allen Ebenen höchste Priorität haben. Hier sind Politik und Wirtschaft, aber auch Kirchen, Kirchengemeinden, Familien und Einzelne gefordert.

- Kirchengemeinden und Kirchen aus dem Norden und dem Süden sollten je für sich und wo immer möglich gemeinsam über ihre Partnerschaften, ihre Organisationen der Entwicklungsarbeit und ihre ökumenischen Beziehungen
 - die politische Partizipation der Armen und Entrechteten unterstützen
 - die Selbstorganisation der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und der LandarbeiterInnen fördern
 - der Stärkung der Rechte der Frauen dienen
 - den Zugang der Armen zu Krediten finanziell und personell unterstützen.

7. Literaturlauswahl

Cavero, Teresa/ Galián, Carlos: Die Lehren aus der Nahrungsmittelkrise. Leicht gekürtes und ins Deutsche übersetzte Briefing-Papier von Oxfam International: „Double-Edged Prices“, abgedruckt in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Dez. 2008; das englische Original ist zu finden unter www.oxfam.org/en/policy/bp121-double-edged-prices (in den Anmerkungen: Oxfam)

Die theologische Basis der Menschenrechte (Dokument einer Konsultation des Reformierten Weltbunds im Februar 1976 in London), in: Gottesrecht und Menschenrechte: Studien u. Empfehlungen des Reformierten Weltbundes, hrsg. von Jan Milic Lochmann u. Jürgen Moltmann, Neukirchen-Vluyn, 1976, S. 61-67

Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn, 2004

Moltmann, Jürgen: Theologische Erklärung zu den Menschenrechten, in: Gottesrecht und Menschenrechte: Studien u. Empfehlungen des Reformierten Weltbundes, hrsg. von Jan Milic Lochmann u. Jürgen Moltmann, Neukirchen-Vluyn, 1976, S. 44-60

Wahl, Peter: Spekulation untergräbt das Recht auf Nahrung, WEED Email-Verteiler, September 2008

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, hrsg. von Brot für die Welt, vom Evangelischen Entwicklungsdienst, von BUND, Frankfurt a.M., 2008 (in den Anmerkungen: Zukunftsfähiges Deutschland II)